

Einmal wöch. Bezugspreis für März 3.— M. einchl. Bestellgeld. Anzeigenpreise: Die 1geisp. Beilagen 20 S., Stellungsliste 20 S., Die Beilagen 20 S., 80 Millimeter breit, 1 M. Offertangabühren für Selbstholer 20 S., bei Ueberendung durch die Post außerdem Portozuschlag. Einzel-Nr. 10 S., Sonntags-Nr. 15 S. Geschäftslicher Teil: Josef Fohmann, Dresden.

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Aufträgen aufträgen u. Leistung v. Schadenersatz für unheil. u. d. Fernruf übermilt. Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unverlangt eingehende u. m. Rückporto nicht vergebens Manuskripte werb. nicht aufbewahrt, Speichstunde d. Redaktion 5 bis 6 Uhr nachmittags. Hauptgeschäftl. Dr. Joseph Hiberl, Dresden.

Sächsische Volkszeitung



Geschäftsstelle, Druck und Verlag: Saxonische Buchdruckerei GmbH, Dresden-N. 10, Goldschmiedestraße 46. Fernruf 22722. Volleinstufige Dresden 14797. Benetton: Gessner & Feilcke, Dresden.

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden-N. 10, Goldschmiedestraße 46. Fernruf 22722 und 10020.

August Förster Flügel u. Pianos
 Stammhaus Löbau (Sa.) Centraltheater-Passage
 Dresden, Waisenhausstr. 8. Anr. 14072
 in höchster Vollendung.

Die andere Krise

Die politische Aufmerksamkeit Europas und der Welt hängt augenblicklich an Genf. Und zu einem gewissen Grade mit Recht. Denn ganz gleich, wie die Entscheidung ausfällt, es handelt sich dort um die augenblicklich weitreichendste politische Frage, um eine Entscheidung von weltgeschichtlich erster Größe: Welche Atmosphäre soll in den nächsten Jahren und Jahrzehnten die internationalen Beziehungen der Völker beherrschen? Es ist aber auch richtig, daß Genf mit seiner abwechselnden Krisen- und Hoffnungsstimmung in erster Linie eine Sorge der andern ist, von der die deutschen Delegierten im Vorzimmer relativ wenig in Mitleidenschaft gezogen werden. Doch in diesem Vorzimmer mag die deutschen Delegierten eine andere Sorge vielleicht viel mehr drücken, die Sorge um die andere Krise im Reiche daheim, die sich in der unverändert schweren wirtschaftlichen Depression immer drückender geltend macht. Und trotzdem, hier daheim erlebt man inzwischen, daß alle die politischen Energien, die durch Genf noch nicht gebunden sind, durch eine künstliche „Volksbewegung“ auf eine einzige Frage abgelenkt werden, der diese Bedeutung in der Wertkala unserer Sorgen nicht entfremdet zukommt. Man macht eine Volksbewegung in Sachen der Fürstenabfindung. Und das in einer Zeit, wo die materielle Lebensgrundlage unseres Volkes, die gesamte Wirtschaft, wieder einmal aufs tiefste erschüttert ist, in einer Zeit also, wo man alle Energien, die überhaupt vorhanden sind, einzig und allein auf die Lösung der einen großen Frage verwenden müßte: Was hilft uns aus der verhängnisvollen Wirtschaftskrise heraus?

Wenn es zu jeder Zeit auch verkehrt ist, lähmenden Pessimismus zu nähren, so muß man doch der nüchternen Tatsache hier ins Auge schauen, daß ebensowenig wie zu übertriebenem Pessimismus eine Berechtigung zu einer optimistischen Beurteilung unserer wirtschaftlichen Lage gegeben ist. Mit einem plötzlichen Umschwung und einer wesentlichen Besserung der Lage rechnet man in ernstlichen Wirtschaftskreisen durchaus nicht mehr. Zwar ist man überall von dem zähen Willen befeuert, auch die jetzigen Schwierigkeiten zu überwinden. Diese Grundstimmung war auch, das ist anzuerkennen, auf der großen Dresdner Tagung der sächsischen Industriellen durchaus gegeben. Der Wille zur Arbeit und die Hoffnung auf Arbeit lebt auch sicherlich in den Herzen der zwei Millionen Erwerbslosen, die dem Reiche allein heute monatlich 130 Millionen Mark kosten. Aber mit diesem Willen der einzelnen Fabrikanten und Arbeiter allein schafft man noch keine Verringerung. Und selbst wenn man darauf hinweist, daß die deutsche Wirtschaft schon größere Stürme ausgehalten hat, so darf man doch nie vergessen, daß jahrelange äußerste Kraftanstrengung auch die zäheste Kraft allmählich zermürben muß. Ebensovienig fällt uns diese notwendige Wendung zum Besseren von außen her ohne unser Zutun als reife Frucht unseres Hoffens und Wünschens mühelos in den Schoß. Vor solcher Betrachtung der Dinge ist auf jeden Fall zu warnen. Es muß etwas sehr Positives geschehen und, wo Einzelwillen und Einzelkräfte versagen, muß der Gesamtwille des Volkes in die Bresche springen, um die Ueberwindung der Krise zu fördern.

Was aber soll geschehen? Zu dieser Lebensfrage unserer Wirtschaft und damit unseres Volkes hat dieser Tage ein Oremium Stellung genommen, dem im deutschen Wirtschaftsleben immerhin einige Bedeutung zukommt. Die Hauptversammlung der sächsischen Industriellen. Man hat versucht, die Wege aufzuzeigen, die aus der gegenwärtigen, auf die Dauer unerträglichen Wirtschaftskrise herauszuführen. Man ging dabei sehr richtig davon aus, daß die gegenwärtige schwere Depression ihrer Natur nach eine Absatzkrise ist. Es steht fest, daß das Schwergewicht des Absatzes im Inland liegt.

Keine Kompromißneigung

Neue Krise in Genf — Der Völkerbundsrat soll entscheiden

London, 13. März.

Reuter meldet aus Genf: In einer Unterredung mit einem Vertreter des Reuterbüros erklärte Chamberlain, er habe den Eindruck, daß die Ablehnung der letzten Vorschläge durch den Reichskanzler Dr. Luther alle Bemühungen zur Fortsetzung der Besprechungen nutzlos mache.

Brüand, der in den späten Abendstunden die französische Presse empfing, erklärte bei dieser Gelegenheit, die alliierten Staaten hätten so weit nachgegeben, daß sie nicht mehr weiter könnten, als sie es getan hätten. Was sich morgen ereignen wird, wisse noch niemand. Jedenfalls müsse die Initiative von Deutschland ergriffen werden. (1)

In den gestrigen Abendstunden herrschte in allen fremden Lagern völlige Ratlosigkeit. Die Delegierten entwickelten eine fieberhafte Tätigkeit. Chamberlain begab sich nach dem Besuch Dr. Luthers zu Brüand und dann zu dem Vorsitzenden des Rates, Graf Tschirch. Im französischen und im englischen Lager neigt man annehmend dazu, mit den Besprechungen hinter verschlossenen Türen Schluß zu machen und eine Entscheidung des Rates in offizieller Sitzung herbeizuführen.

Genf, 13. März.

In englischen Delegationskreisen war gestern Abend die Stimmung ganz außerordentlich ernst. Ungeachtet der von der englischen Presse und von der Öffentlichkeit geduldeten Stimmung darf festgestellt werden, daß in der englischen Delegation in Genf seit gestern Abend eine ausgeprochen deutschfeindliche Stimmung Platz gegriffen hat. Sir Austen Chamberlain hat bei dem Empfang der englischen Presse folgende Erklärung abgegeben:

Nach den Besprechungen von Freitag früh schien es, daß es möglich sein werde, die Besprechungen weiter fortzusetzen. Nach dem vom Reichskanzler Luther gemachten Mitteilungen sehe die englische Delegation weitere Besprechungen für nutzlos an und wolle dafür eintreten, daß die Frage dem Rate überwiesen werde.

In englischen Kreisen wird hierzu folgendes Kommentar gegeben: Das Versprechen der Ratsmächte, Deutschland in den Völkerbund aufzunehmen und ihm einen ständigen Ratssitz zu erteilen, müsse eingehalten werden, doch gebe es unter den zehn Ratsstaaten einen, der diese

Zusicherung nicht erfüllt hätte. Dieser Staat wäre Brasilien. Der nur zum Teil veröffentlichte Schriftwechsel der brasilianischen Regierung an die Reichsregierung hatte bereits damals darauf hingewiesen, daß die Zulassung eines ständigen Ratsitzes nicht von einer der Regierungen der Ratsmächte erfolgen, sondern nur von dem Rat beschlossen werden könne. Damit hätte sich Brasilien die Möglichkeit vorbehalten, im Notfall auch gegen Deutschland-Eintritt zu stimmen. In der öffentlichen Ratssitzung werde es sich nun erweisen, welche Stellung Brasilien einnehmen werde. Sollte Deutschland unter diesen Umständen und, ohne vorherige Bindungen eingegangen zu sein, in den Rat aufgenommen werden, so würde eine Aufnahme für das Deutsche Reich einen schwarzen Tag bedeuten. (1)

Der Kompromißvorschlag, der Deutschland im Verlauf der gestrigen Besprechung der Völkerbundsversammlung gemacht worden ist, hatte folgenden Inhalt: Sofortige Zulassung eines ständigen Ratsitzes an Deutschland. 2. Verschiebung der Behandlung der Frage der übrigen ständigen Ratsitze auf die Septemberunter dem Vorbehalt der Bildung eines Ausschusses zur Bearbeitung der hierüber eingereichten Berichte und Anträge. 3. Sofortige Zulassung eines nichtständigen Ratsitzes an Polen. — Darauf wurde von Deutschland der Gegenvorschlag gemacht, alle Anträge auf Zulassung von weiteren Ratsitzen einem Ausschuss zu überweisen, welcher Septemberberatung des Völkerbundsrates ein Gutachten zu unterbreiten hätte.

Der Sabasvertreter in Genf berichtet: Es scheint, daß die Deutschen eine Antwort auf ihren präzisen Vorschlag erwarten. Die Deutschen wissen jedoch, daß ihr Vorschlag, der im Grunde genommen auf die Vertagung jeder Erweiterung des Rates, außer der Zulassung Deutschlands, abzielt, von Anfang an auf den Widerstand ihrer Verhandlungsgegner gestoßen ist und heute nicht in Betracht gezogen werden kann. Infolgedessen kann man nur wiederholen, was Brüand gestern Abend, nachdem er mit seinen alliierten Kollegen verhandelt hatte, erklärte, nämlich, daß Deutschland die Verantwortung übernehmen müsse dadurch, daß es den Kompromißvorschlag, der ihm gestern gemacht worden ist, annimmt oder ablehnt.

Auch vor dem Kriege ging nur etwa ein Viertel unserer Gesamtproduktion ins Ausland. Freilich haben wir den Wert des Vorkriegsexports bei weitem noch nicht wieder erreicht, und es ist bekannt, daß auch die endlich seit Dezember 1925 erreichte Aktivierung unserer Handelsbilanz keineswegs auf einer merklichen Erhöhung unserer Ausfuhr, sondern vielmehr auf einer Verminderung der Einfuhr beruht. Jedermann weiß auch, daß die Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes nicht nur durch einen allgemeinen Rückgang der Kaufkraft, sondern auch durch eine erhebliche Verschiebung des Schwergewichtes zugunsten der vereinigten Staaten von Nordamerika, für deutsche Waren wesentlich geringer geworden ist. Es ist bislang noch wenig Aussicht vorhanden, die Höhe des Vorkriegsexportes wieder zu erreichen, eine Frage, die im übrigen stark von äußeren, unserem unmittelbaren Einfluß entzogenen Faktoren abhängt.

Unter diesen Umständen bleibt als Grundforderung für die Lösung der Wirtschaftskrise die Hebung des Inlandsabzages, der vor dem Kriege etwa 75 vom Hundert der gesamten deutschen Produktion ausmachte. Aus den Reden und der Entscheidung der Industriellentagung konnte man entnehmen, daß man dieses Ziel, die Hebung des Inlandsabzages, auf zwei verschiedenen Wegen erstrebt. Einmal durch eine Hebung der Kaufkraft. Eine allgemeine Lohn- und Gehaltserhöhung hält man allerdings zu diesem Zwecke für ausgeschlossen, wofür sich sicherlich Gründe anführen lassen. Demgemäß plädiert man für Maßnahmen, die die Kaufkraft der Landwirtschaft auf einen normalen Stand zurückführen sollen. Man geht dabei also von der ansich richtigen Tatsache aus, daß auch die Landwirtschaft weitgehend in die allgemeine Krise mit hineingezogen ist. Die Preise der landwirtschaftlichen Produkte liegen zum großen Teil unter den Weltmarktpreisen. Man darf freilich nicht übersehen, daß dieser Zustand in der eigenartigen Struktur dieses Wirtschaftszweiges seine natürliche Begründung findet. In der Landwirtschaft wirkt sich die Krise nicht so zwangsläufig wie bei der Industrie in Restriktionsmaßnahmen aus. Die relativ er-

giebige Ernte des vergangenen Wirtschaftsjahres müßte somit zur Folge haben, daß die Abnormität der Wirtschaftslage, die sich in der Produktion nicht ausdrückt, in den Preisen der Produkte zum Vorschein kommt. Wollte man durch künstliche Maßnahmen die Wirkungen der allgemeinen Krise auf die Landwirtschaft ausschalten, so wäre das naturgemäß nur durch eine entsprechende Erhöhung der allgemeinen Lebenshaltungskosten möglich, also auf die Kosten der 70 Prozent Lohn- und Gehaltsempfänger, die Deutschland aufweist. Wir können uns nun, selbst abgesehen von sozialen Forderungen, durchaus nicht denken, daß dadurch die allgemeine Kaufkraft gehoben werden kann, daß man der Landwirtschaft gibt, was man den Lohnempfängern nimmt! Ebenso bedeutet es natürlich nur eine Verschiebung innerhalb der Berufsstände, wenn man sagt (was vielleicht an sich richtig ist), die Verschlechterung der Kaufkraft der Lohnempfänger müsse durch eine Verringerung der teilweise unverhältnismäßig hohen Händlergewinne ausgeglichen werden. Eine allgemeine Erhöhung der Kaufkraft können wir in solchen Experimenten durchaus nicht sehen. Dieses Mittel verbürgt also auf keinen Fall eine merkliche Besserung unserer Wirtschaftslage, sondern bleibt eine schöne, aber dadurch nicht minder falsche Doktrin.

Der zweite Weg, auf dem man die Hebung des Absatzes erstreben möchte, geht aus von der Verringerung der Produktionskosten. Hier berühren sich also zwei an sich widerstrebende Tendenzen; die Tendenz nach möglichst hohen Löhnen zwecks Steigerung der Kaufkraft einerseits, mit der Tendenz möglichstster Niedrighaltung auch der Lohnquote in den Produktionskosten. Es ist ganz einleuchtend, daß für die Klärung dieses Problems die prozentuale Bedeutung des Arbeitslohnes für das Gesamtprodukt von entscheidender Bedeutung ist. Man wird aber gerade aus dieser Verketzung widerstreitender Faktoren wohl oder übel sich zu dem Schluß bequemen müssen, daß die Probleme der Wirtschaftskrise von der Lohnfrage aus zu klären zu lösen sind. Weder Herabsetzung noch Erhöhung der Löhne kann hier zum Ziele

ZUR KOMMUNION:

- Kerzen von —.80 Mk. an.
- Weihwasser-Becken von 1.50 Mk. an.
- Rosenkranze von —.20 Mk. an.
- Kommunion-Kräutchen von 1.— Mk. an.
- Jugendchriften von 1.20 Mk. an.

Friedr. Pustel, Buchhandlung, Leipzig, Radolfstraße 3.